

Thörner Beitung.

Erscheint wöchentlich sechs Mal Abends mit Ausnahme des Sonntags.

Als Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Bierteljährlich: Bei Abholung aus der Geschäftsstelle oder den Abholesstellen 1,80 M.; bei Zusendung frei ins Haus in Thörn, den Vorstädten, Mader u. Podgorz 2,25 M.; bei der Post 2 M., durch Briefträger ins Haus gebracht 2,42 M.

Begründet 1760.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bäckerstraße 39.

Fernsprech-Aufschluß Nr. 75.

Anzeigen-Preis:

Die 5-gepaltene Petit-Zeile oder deren Raum für Hieße 10 Pf.
für Auswärtige 15 Pf.

Ausnahme in der Geschäftsstelle bis 2 Uhr Mittags; ferner bei
Walter Lambeck, Buchhandl., Bielefeld, 6, bis 1 Uhr Mittags
Auswärtig bei allen Anzeigen-Beratungs-Geschäften.

Nr. 15.

Freitag, den 18. Januar

1901.

Die Feier des 18. Januar.

Das Königreich Preußen feiert am 18. Januar seinen zweihundertsten Geburtstag! Viele Großthaten, viel Ehre und Ruhm sind in diesem Zeitabschnitt enthalten, und sie überwiegen die bunleren Stellen, die sich in dem Bilde zeigen. Denn auch an diesen Schatten hat es nicht gefehlt, und wenn dabei etwas erfreulicher verläuft, so ist es die Thatache, daß böse Erfahrungen gerade die letzten Früchte in der Folge gezeigt haben. Auch Preußen ist nur von Menschen geleitet, die irren und fehlen konnten, aber sein Segen ist gewesen, daß es ihm zur rechten Zeit nie an rechten Männern fehlte. Sagen sie nicht selbst auf dem Throne, so verstanden es doch die Träger der Krone mit scharfem Blick, jene zu berufen. Preußen hat nicht mehr Glück gehabt, als andere Staaten, auch nicht mehr geniale Männer; wohl aber, um diesen Ausdruck zu gebrauchen, weitblickendere und solidere Arbeiter. Was geschaffen wurde, erfolgte nicht unter der Einigung eines flüchtigen Augenblicks, sondern auf Grund der erworbenen Macht. Darum hat es Bestand behalten. So seltsam es klingen mag, das Größte, weil die Vorbedingung von allen großen Thaten, ist in Preußen doch immer gewesen, daß nichts bloß auf dem Papier stand. Wo wäre sonst selbst ein Bismarck mit der Wucht seiner geistigen Gewalt geblieben?

Es ist ein Glück für den preußischen Staat gewesen, das gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann, daß in ihm zu allen Zeiten das strenge Recht der Verwaltung und der Gelege gegen Jedermann zur Anwendung gebracht worden sind. In der neusten Zeit ist das etwas Selbstverständliches, aber im ersten Jahrhundert der preußischen Monarchie war so etwas in Europa nicht gang und gäbe! Nicht blos am französischen Hofe, auch an deutschen Fürstenthöfen ging es oft genug recht bunt zu, die Finanzen des Landes und das Recht des Staates kamen bös fort. Die Geschichte vom großen Friedrich und dem Müller von Sanssouci, der auf die Drohung des Königs, er werde die klappernde Mühle einfach abbrennen lassen, erwiderte: „Ja, wenn nur das Kammergericht in Berlin nicht wäre!“, ist ebenso bezeichnend, wie der von jenem Größten aller Hohenzollern aufgestellte Satz, daß der König des Staates erster Diener sei. Und der gilt noch heute, unser Kaiser hat das Wort in seiner ersten preußischen Thronrede wiederholt. Strenge Rechtlichkeit und Sparsamkeit — die Überrechnungs-

kammer in Potsdam ist noch heute als ein Institut bekannt, das keinen Pfennig unbelegter Ausgaben durchgehen läßt, haben den preußischen Staat aus sehr kleinen Anfängen zu seiner heutigen Höhe erhoben.

Preußen hat keinen Mangel an großen Männern gehabt, aber nicht minder mächtig war ihm die Heerschaar der pflichtgetreuen, stillen Leute. Hat die Armee den Staat groß machen helfen, der Beamtenstand hat ihn so erhalten. Zu einer Zeit, wo es mit der Verwaltung allenthalben noch sehr im Argen stand, ward in Preußen bereits ein streng geschulter Beamtenstand errichtet, und der eisenharte König Friedrich Wilhelm I., dem der Staat so unendlich viel verdankt, ist mit seinem Stock eine viel größere Gestalt, als irgend einer der französischen „Sonnenkönige.“ Brutal bis zur Rohheit, aber ein umsichtiger Hausvater nach seinem verschwenderischen Vorgänger, ein Vorarbeiter der Pläne seines großen Sohnes, wie er nur sein konnte. Und so hat fast ein jeder Hohenzoller das Rechte für seine Zeit erschafft, nicht immer im Adlerfluge, wohl aber sicher Schritt für Schritt. Für die Hohenzollern-Sparsamkeit ist Friedrich der Große ein beredtes Beispiel: Nicht mehr als 250000 Thaler kostete der gesamte Hofhalt dieses größten Monarchen seines Jahrhunderts, den auf dem bekannten Denkmal in Berlin der Künstler bezeichnender Weise mit einem geslickten Stielzel darstellte.

Das eigentlich Preußische ist lange nicht populär gewesen und wird auch wohl bei Herren, die seine Eigenarten nicht mit der Muttermilch eingesogen haben, nie ganz populär werden. Das Straffe und Bestimmtie wies darin vor, und von behaglicher Gemüthlichkeit ist darin nicht viel die Rede. Im Lande, das zuerst die genauste Verwaltung und die allgemeine Dienstpflicht hatte, mußte auch wohl trotz allem Neuen vom Alten etwas bleiben. Fürst Bismarck hat noch 1866 einmal ein bezeichnendes Wort gebraucht: „Preußen ist eine wie wollene Jacke. Zuerst kratzt sie den, der nicht daran gewöhnt ist, nachher fühlt man sich aber ganz behaglich!“ Preußen ist bis 1870 in Deutschland viel verkannt, oft verachtet gewesen, erst der Krieg von 1870/71 hat die hemmenden Schranken beseitigt. Wenn die allgemeinen Volksanschauungen noch nicht überall so recht mit einander harmonieren wollen, so muß man der Charakter-Verschiedenheit der einzelnen deutschen Stämme Vieles zu gut halten.

Kaiser Wilhelm wird im alten Schlosse an der Spree den Geburtstag der preußischen Krone

festlich begehen. Hell hat ihr Glanz an manchem Tage dieser zwei Jahrhunderte gestrahlt, bis noch etwas Größeres kam, die Kaiserkrone. Ist die Letztere einem jeden Deutschen das Höchste, verdient doch die preußische Königskrone alle Ehrfurcht, die große Thaten erwecken.

Deutsches Reich.

Berlin, 17. Januar 1901.

— Der Kaiser, der Dienstag Nachmittag den Vortrag des Reichskanzlers Grafen Bülow und Abends im Reichspostmuseum Vorträge über Radiotelegraphie und automatische Telephonanschlüsse hörte, erlebte Mittwoch Vormittag Regierungsgeschäfte. Nachmittags wohnte Se. Majestät einer Probe im Kgl. Opernhaus bei.

— Die offizielle Feier der Erhebung Preußens zum Königreich beginnt in Berlin am heutigen Donnerstag Vormittag mit einem militärischen Festakt im Berliner Zeughaus. Der Kommandirende General des Gardekorps wird dem obersten Kriegsherrn die Glückwünsche zu dem Jubeltage darbringen. Der Kaiser wird mit einer Ansprache an die Offiziere antworten. Mittags findet ein Ordenskapitel des Schwarzen Adlerordens statt. Die Reichshauptstadt trägt festliches Gepräge. An vielen Häusern sind schon die Vorbereitungen zur Ausschmückung und Beleuchtung beendet. Die an der Feier am Freitag teilnehmenden Fürstlichkeiten und Gesandtschaften sind in Berlin eingetroffen und zum Thiel vom Kaiser persönlich empfangen worden.

— Die Krone Friedrich's I., die der neue König von Preußen vor 200 Jahren sich auf's Haupt setzte, ist noch erhalten, ebenso das alte juwelenechte Szepter und befindet sich unter den Schätzen des Kronfors. Von der ersten drei Pfund schweren Krone ist freilich nur noch das Gefäß vorhanden, der mit Purpurzammet umkleidete massive Goldkreis, während der Schmuck der kostbaren Juwelen entfernt ist.

— Großherzog August von Oldenburg hat nach dem ärztlichen Bericht die letzten Tage und Nächte zum großen Theil schon frei von Herzbeschwerden zugebracht. Die Herzkrankung nimmt einen normalen Verlauf. Die Abreaktheit ist schon wesentlich geringer.

— Das Reichsmarineamt hat im Bundesrat den Antrag eingebracht, die auf die Versorgung der hinterbliebenen von Beamten bezüglichen Bestimmungen des Gesetz-

entwurfs wegen Versorgung der Theilnehmer an der ostasiatischen Expedition auch auf die Beamten der Säugruppe in Kiautschou auszudehnen. Da sich die Bundesratsbevollmächtigten bezüglich dieses Antrags erst die Anweisungen ihrer Regierungen einholen müssen, so verzögert sich die Erledigung des ganzen Gesetzentwurfs etwas. Die Budgetkommission bewilligt die Chinavorlage aber nicht eher, als bis zur Reiktenfrage in ihrem Stande geregelt ist. Dass trotz einiger dem Antrage des Reichsmarineamts entgegenstehender Bedenken die Angelegenheit so schnell als möglich erledigt werden wird, ist im Hinblick auf die Chinavorlage selbstverständlich.

— Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat die Wahl des Abg. Zwicker (fr. Berlin 5) für gültig erklärt. — In der Justizkommission des Reichstags wurde ein Antrag Mundel-Lenzmann betreffs Berechtigung der Redactoren zur Zeugnisszwangserweiterung angenommen. Es ist möglich, daß auch der Reichstag diesem Antrage zustimmt, der Bundesrat wird es aber sicher nicht thun. — Die Budgetkommission des Reichstags erledigte den Titel Einnahmen des Eisenbahnnetzes. Eine sehr eingehende Erörterung entspann sich über die von liberaler Seite gegebene Anregung den auf Urlaub gehenden Soldaten dieselben Preiserhöhungen auf den Eisenbahnen zu gewähren, wie den kommandirten Soldaten. Regierungsetätig wurde erklärt, daß diesem Wunsche zwar Bedenken entgegenstehen, daß jedoch bezügliche Erwägungen zwischen den beteiligten Refforts schwanken. Endlich gelangte eine Resolution betreffs Ermäßigung des Gepäcktariffs auf den Reichseisenbahnen zur Annahme. Heute werden die Verathungen fortgesetzt.

— In der preußischen Armee soll die Einführung einer neuen Uniform beschlossen werden sein. Der Stoff des Rockes, der die bequeme Form der Litewka erhält, ist von graubrauner Farbe. Die blanken Knöpfe verschwinden; vorn an der Brust sind die Knöpfe von dunkler Farbe, unter dem Tuch angebracht.

— Die Technische Hochschule in München ist vom Prinzregenten Luitpold ermächtigt worden, künftig den Titel „Doktor der Technischen Wissenschaften“ zu verleihen und die Diplomprüfung zur Berechtigung des Titels Diplomingenieur vorzunehmen. Zum ersten Ehrendoktor wurde Prinz Ludwig ernannt.

„Ich hab' schon einen Ausweg!“ unterbrach Sellin. „Graf Pfeil hat gewiß einen Diener?“

„Ja!“ Thoms heißt der junge Mensch; er ist von einem der gräflichen Güter. Ein dummer Kerl übrigens.“

„Desto besser! Ich habe da nämlich in D. einen sehr brauchbaren Beamten, meinen letzten Burschen beim Militär. Bonigkeit ist ein echter Bittbauer, den las ich mir kommen. Mit Ihrer gütigen Erlaubniß, Herr Obersleutnant, tritt er scheinbar in Ihre Dienste, zu meiner speziellen Verfügung allerdings. Er muß sich mit Thoms, dem Diener des Grafen Pfeil, anfreunden und — na, die Sache wird sich schon machen.“

„Noch eins,“ ließ sich der Amtsrichter, der unausgesetzt nach Momenten suchte, die zur Entlastung seines Referendars dienen könnten, jetzt lebhaft vernünftigen. „Mir scheint, Ihnen fehlen noch zwei sehr wichtige Beweise!“

„Die wären?“

„Wo liegt der Thator, und wo ist die Uhr des Ermordeten geblieben?“

„Diese Punkte scheinen mir zunächst völlig belanglos, trotzdem gibt es auch dafür eine Erklärung. Die Uhr ist wahrscheinlich in irgend einem See oder Brunnen verschwunden, und der Thator . . . der kann eben überall im Rosenhaller Parke liegen, da Meta Krause ja genügend Zeit und Gelegenheit gehabt hat, die Blutspuren zu beseitigen . . .“

„Sie meinen also, Meta Krause ist die Mitzschuldige dieses Verbrechens?“

„Jedenfalls die Mitzisserin. Nach dem, was ich heute erfahren habe, und nach der schreckhaften Art ihres Benehmens neulich kann ich daran kaum noch zweifeln!“

„Armes Kind . . . armer Vater!“

(Fortsetzung folgt.)

Wer war's?

Kriminalroman von Maximilian Böttcher.

(Nachdruck verboten.)

85. Fortsetzung.

„Auch das Glied ist da,“ erwiderte der Amtsrichter tonlos. „Am Abend nach dem Mordie ließ Graf Pfeil entschuldigen. Er wäre unwohl. Und am zweiten Tage hinkte er . . . mit dem rechten Beine. Ich erinnere mich genau. Er erzählte mir auf meine Frage, er hätte sich an der Treppe geflossen, und ich machte noch einen Scherz, indem ich erwiderte: „Wahrscheinlich sind Sie wieder mal im Thran gewesen!“ Ich erinnere mich genau!“ wiederholte der sichtbarlich in tiefster Seele erzitterte Jurist.

„Es ist also als völlig zweifellos zu betrachten, daß Graf Pfeil derjenige ist, der in der Nacht des 6. Junit über die Mauer weg in den Rosenhaller Park eindrang und dort die Dogge Ali erschlug“, sahen wir weiter, ob wir ebenso zu dem Verdacht berechtigt sind, daß Graf Pfeil auch den alten Werten getötet hat. Graf Pfeil ging auf heimlichen Wegen, das sieht fest. Jede Überraschung äußerst fatal sein. Ist der Referendar lächelnd?“

„Ja . . . außerordentlich . . . ich erinnere mich, daß er manchmal förmliche Wuthansfälle beobachtet . . . über Kleingleiten . . . daß er . . .“

„Schon gut, Herr Amtsrichter, schon gut. Wissen Sie, ob er die Aufforderung, die wir neulich im Amtsblatt erließen, gelesen hat?“

„Ja . . . ich habe mit meinen sämtlichen Frühstückspause über diese Maßnahme verhandelt . . .“

„Hm . . . und er hat sich natürlich nicht gemeldet, um Ihnen mitzuheilen . . . ?“

„Nein . . . natürlich nicht!“ unterbrach Stein.

„Sie geben mir zu, meine Herren, daß diese Unterlassung ein sehr verdächtiges Moment ist. Pfeil, ein Referendar, der seinem vorgerichteten Amtsrichter, mit dem er so gut steht, anvertrauen könnte, daß er derjenige Reiter ist, der von uns als Zeuge gefragt wird! Er, der als Jurist wissen muß, daß der Eindringling, der den Hund erschlug, selbst den Verdacht der Mordthat auf sich lenkt, wenn er nicht frei und offen hervortritt! Bei der Freundschaft, die ihm der Herr Amtsrichter entgegenbringt, hätte er mit einem ehrlichen Wort diesen Verdacht von sich ablenken können. Trotzdem er als ein Glied der hiesigen Gerichtsinstitution schon an und für sich bestrebt sein möchte, seinen Kollegen die Arbeit zu erleichtern und die Untersuchung nicht unnötig auf Irrwegen tappen zu lassen, hält er sich in tieftes, geheimnisvolles Schweigen. Weshalb? Weil er ein schlechtes Gewissen hat, weil er sich der trügerischen Hoffnung hingibt, daß wir aus dem Abdruck einer Stiefelsohle niemals auf die wahre Person des nächtlichen Eindringlings kommen würden! Wenn wir weiter in Betracht ziehen, daß er, der sonst Wahrheitsliebende, den Herrn Amtsrichter betreffs seiner Kenntnis von Meta Krauses Aufenthalt zweifellos belogen hat, und nach Aussage des Herrn Amtsrichters — in den letzten Tagen, im Gegensatz zu seiner früheren, folzen, hochtrabenden Art, sehr freie, vorurtheilslose Ansichten kundgegeben hat . . .“

„Wir fällt jetzt ein“ — unterbrach Oswald Stein noch einmal — „daß des Grafen Benachmen an jenem Tage, da ich meinen Herrn die Rosenhaller Kriminalaffäre vortrug, ein sehr sonderbares war. Zuerst saß er ganz zusammengesunken da,

wie jemand, der von einer schweren Sorge hart bedrückt wird, als nicht, trank aber dafür desto mehr, dann geriet er um ein Nichts in eine ganz makelose Wuth, die zur Folge hatte, daß die juristische Tischgesellschaft sich in zwei Lager spaltete, und schließlich war er wieder ganz sanft und liebenswürdig, sogar ein wenig schüchtern . . .“

„Dazu kommt noch die Nehnlichkeit der Verlegerungen bei Hund und Mensch und das zeitliche Zusammentreffen der beiden Todtschlagshandlungen,“ hub Sellin wieder an. „Die Kette der Indizienbeweise darf also als geschlossen gelten. Es erscheint mir als zweifellos, daß Graf Pfeil den alten Ralph Merten, der ihn bei seinem Rendezvous mit Meta Krause überraschte, in einem Wuthansfall erschlagen hat!“

„So wollen Sie also morgen zu seiner Verhaftung schreiten?“ fragte Ronick.

„Nein . . . das geht nicht, Herr Obersleutnant. Trotz unserer festen Überzeugung von der Schuld des Grafen müssen wir erst folgende realen Beweismittel zu erlangen suchen: Die Reitpeitsche hingiebt, daß wir aus dem Abdruck einer Stiefelsohle niemals auf die wahre Person des nächtlichen Eindringlings kommen würden! Wenn wir weiter in Betracht ziehen, daß er, der sonst Wahrheitsliebende, den Herrn Amtsrichter betreffs seiner Kenntnis von Meta Krauses Aufenthalt zweifellos belogen hat, und nach Aussage des Herrn Amtsrichters — in den letzten Tagen, im Gegensatz zu seiner früheren, folzen, hochtrabenden Art, sehr freie, vorurtheilslose Ansichten kundgegeben hat . . .“

„Sicher! Und eine solche . . .“

„Wäre offiziell fatal. Aber heimlich — so eine Art Einbruch.“

„Das scheint mir auch sehr gefährlich,“ warf Stein dazwischen, „Wenn wir uns dennoch irren sollten . . . es ist doch alles möglich! . . . Pfeils Vater ist Kammerherr, honoris causa, und sehr einflußreich . . . das wäre doch . . .“

Preußische Kriegerstiftung Wilhelm II.

Eine Abordnung des Preußischen Landeskriegerverbandes, die soeben vom Kaiser empfangen wurde, überreichte Sr. Majestät ein durch freiwillige Beiträge alter Soldaten zur Feier des 200jährigen Königthums des Hohenzollern-Geschlechts entstandenes Kapital von 120 000 Mark. Dieses Geld wird zu einer Stiftung mit dem Namen "Preußische Kriegerstiftung Wilhelm II." verwandt werden. Aus den Zinsen des Kapitals, das durch einen jährlichen Beitrag vergrößert werden soll, wird am 18. Januar jeden Jahres würdigen und bedürftigen Kriegsthilfnehmern und deren Hinterbliebenen eine Unterstützung gewährt werden. — Der Kaiser nahm die Stiftung mit folgenden Worten entgegen: "Ich freue mich über die Überraschung, die Sie mir heute Namens meiner alten Soldaten bereitet haben. Die Idee einer Stiftung zur Erinnerung an den Tag der Begründung des Königreichs Preußen hat mich sehr sympathisch berührt. Denn eine Stiftung, welche bestimmt ist Noth zu lindern und Thränen zu trocken, ist viel besser geeignet, die Erinnerung an diesen Tag nach zu halten, als jede andere Widmung, welche mir dargebracht werden wäre. Ganz besonders hat mich die Höhe der Summe überrascht, welche die Kameraden zusammengebracht haben; es ist ein hochachtbarer Beitrag, und er beweist mir, in welcher einheitlichen Weise die Kriegervereine zusammengefaßt sind. Ich freue mich ferner, daß die Absicht besteht, das Grundkapital fernerhin zu verstärken. Gern konstatiere ich bei dieser Gelegenheit, wie ich auf meinen Reisen überall beobachtet habe, welch frischer patriotischer Geist unter den Kriegervereinen steht. Ich halte mich gern überzeugt, daß dieser Geist unter Ihrer (Generalleutnant v. Spiz') Leitung auch fernerhin erhalten bleibt, und beauftrage Sie, meinen Dank den Kameraden zu übermitteln."

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung am Mittwoch, 16. Januar 1901.

Der Bundesrathstisch ist unbesetzt.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung der Anträge auf Abänderung des Gesetzes über die Gewerbegefechte und des Antrages Dr. Hize und Genossen um Herbeiführung gesetzlicher Bestimmungen für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Abg. Dr. Hize (Cir.): Mein vorliegender Antrag ist das Ergebnis einer Verständigung in der vorjährigen Kommission. Es sollen Instanzen gebildet werden zur Herbeiführung und Erhaltung des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, sogenannte Einigungsämter, und es entspricht dieser Antrag dem kaiserlichen Februar-Erlaß. Die Gewerbegefechte haben sich im Allgemeinen bewährt, die Rechtsprechung wirkt auch erzieherisch und es gilt hier nur weiter auszubauen. Die Gewerbegefechte müssen das Recht erhalten, auch selbst die Initiative zur Streitshaltung zu ergreifen und die Parteien vorzuladen. Wie der Handel seine Vertretung in den Handelskammern hat, und die Landwirtschaft sowie das Handwerk ihre Kammer haben, so müssen auch Arbeitkammern für unsern emporstrebenden Arbeitstand geschaffen werden. Solche Kammern giebt es in Holland und Belgien, möge man sich auch bei uns darauf einigen. (Beifall.)

Abg. Bortz-Heidelberg (natt.): Auch meine Freunde sind gern bereit, an dem weiteren Ausbau der Gewerbegefechte mitzuwirken. Mit der Erweiterung und Abgrenzung der Kompetenz der Gewerbegefechte sind wir einverstanden, dürfen aber nicht zu weit gehen und vor allem nicht übergreifen in das Gebiet der allgemeinen Rechtspflege. Gegen die Ausdehnung der Gewerbegefechte auf das Gefinde habe ich Bedenken. Von großem Nutzen können ja die Gewerbegefechte als Einigungsämter sein, aber wir müssen ihnen auch die Befugnis geben, rechtzeitig von selbst einzutreten, um Streits zu schlichten, d. h., wir müssen sie mit der Autorität und dem Zwang ausstatten, die Parteien vor das Forum zu laden und den entscheidenden Spruch zu thun. Die Unabhängigkeit und Neutralität der Schiedsgerichte bürgt für eine gerechte Spruchfassung. Auf diesem Boden kann dann leicht eine Versöhnung der Gegenseite stattfinden. (Beifall.)

Abg. Dr. Oertel (kons.): Meine Freunde bestreiten prinzipiell, daß die Arbeiter und Arbeitgeber verschiedene oder gar entgegengesetzte Interessen haben; von einer höheren Warte betrachtet, sind diese Interessen gleichartig. Der Antrag Trimborn ist der Mehrheit meiner politischen Freunde sympathisch, sie sind mit einer Kommissionsberatung einverstanden, obwohl er auch im Plenum erledigt werden könnte. Den sozialdemokratischen Antrag halten wir aber für unannehmbar, wenn vielleicht auch einiges aus ihm übernommen werden kann. Ganz entschieden müssen wir uns vor allem gegen den obligatorischen Charakter der Gewerbegefechte aussprechen. Ebensoviel bin ich damit einverstanden, daß die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter unter das Gewerbegefecht gestellt werden sollen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Eine große Minderheit meiner Freunde nimmt einen anderen Standpunkt ein als die Antragsteller. Die Sozialdemokratie hat es mittels ihrer strammen Organisation verstanden, sich als maßgebender Faktor in die Gewerbegefechte hineinzudrängen. Wir machen mit unserer Sozialpolitik schon eine rasende Fahrt zum sozialdemokratischen Zukunftstaat. (Lachen links.) Es ist gut, daß einige Bundesstaaten noch etwas bremsen. Deshalb hoffe ich, daß aus diesen

Anträgen bei allem Wohlwollen nichts Praktisches herauskommen wird, und namentlich die Regierung sich völlig ablehnend verhalten wird.

Abg. Zubelli (Soz.): polemisiert gegen die Abg. v. Kardorff und Oertel und führt dann fort: Mit den fakultativen Gewerbebeschwerden ist nichts gehehen, es muß ein Obligatorium geschaffen werden. Wir verlangen ferner die Ausdehnung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und die Dienstboten, um die heutige ungünstige Stellung dieser Leute, namentlich der Gärtnerhelfer, zu ändern. Mit diesem Theil der Arbeitsfrage ist auch die Wohnungsfrage verknüpft. Es ist bei Streiks vorgekommen, daß die Streikenden einfach auf die Straße gesetzt wurden. Deshalb muß der Arbeiter sich auch wegen der Ermittlung an das Gewerbegefecht wenden können. Auch wir Sozialdemokraten sehen in der obligatorischen Einführung der Einigungsämter einen großen Fortschritt zur besseren Erledigung der Streitigkeiten, die aus den entgegengesetzten Interessenkreisen hervorgehen. Wir müssen den Einigungsämtern das Recht zusprechen, die streitigen Parteien zum Erscheinen zu zwingen. Ich bin dafür, daß wir die Anträge nicht in die Kommission schicken, denn dann kommt in diesem Jahre nichts mehr zu Stande. Allerdings, davon bin ich überzeugt, daß diesmal alle unsere Anträge abgelehnt werden.

Abg. Münnich-Ferber (Nat.): Wir dürfen mit der Sozialpolitik nicht halt machen. Wir müssen fortfahren und werden es selbst auf die Gefahr hin, daß es von allen Seiten Anfeindungen der schärfsten Art auf uns herneideregt. Wir lassen uns auch nicht hiervon abhalten durch sozialdemokratische Hegezeiten bei Wahlen. Wir wünschen, daß die Arbeiter Gelegenheit haben, sich vor dem Gewerbegefecht auszusprechen. Wir verlangen auch Verhandlungszwang, allerdings soll sich der Arbeitgeber und der Arbeiter durch legitimisierte Bevollmächtigte vertreten lassen können. Wir hoffen, daß auf diesem Wege der soziale Friede gefördert wird.

Abg. Rössle-Dessau (b. f. f.): Soweit wie die Sozialdemokraten kann ich nicht gehen, für die sozialdemokratischen Anträge ist eine Majorität nicht zu erzielen. Auch würde der Bundesrat dagegen Stellung nehmen. Akzeptieren möchte ich die Anträge des Abg. Trimborn und Genossen. Die Ausdehnung der Gewerbegefechte ist nur ein erster Schritt, dem andere folgen müssen. Über Antrichten, wie sie von Kardorff und Freiherr von Stumm auftreten, geht man zur Tagesordnung über.

Damit schließt die Debatte.

Das Schlusswort nimmt für den Antrag Albrecht Rosenow (Soz.); Herr von Kardorff sprach von der rasenden Schnelligkeit des sozialpolitischen Wagens. Davon haben wir Sozialdemokraten noch nichts gemerkt. Auch die 45. Katholikenversammlung hat verlangt, daß der Frauenbewegung insbesondere bezüglich der Erwerbstätigkeit erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werde. Wenn die Frauen mehr Unrecht nehmen sollen nur eingleisig betrieben werden. Geschieht dieses, so ist damit nur ein halbes Werk geschafft, denn bei dem großen und immer mehr wachsenden Verkehr ist der zweigleisige Betrieb durchaus notwendig. Bei der Staatsberatung im Abgeordnetenhaus wird demnächst über die Angelegenheit beschlossen werden; Herr Belgard beantragte deshalb, die Versammlung ersucht den Magistrat, mit dem Landtagsabgeordneten Reg.-Rath Conrad in Verbindung zu treten und ihn zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Bahn zweigleisig ausgebaut wird; ferner die Magistrate der an der Weichselstädtebahn gelegenen Städte zu veranlassen, in gleichem Sinne bei ihren Abgeordneten vorstellig zu werden, und die Handelskammer Graudenz zu ersuchen, einen gleichen Antrag zu stellen. Würden 6 oder 7 Abgeordnete im Abgeordnetenhaus für die Sache eintreten und nachweisen, daß ein zweigleisiger Betrieb auf der Weichselstädtebahn notwendig sei, so würde das mehr Eindruck machen, als die Einreichung einer Petition. Die Versammlung nahm einstimig den Antrag Belgard an. Dem hiesigen Lehrer verein beantragte der Magistrat ein Zimmer der Realschule zur Veranstaltung von Fortbildungskursen nebst Beleuchtung und den erforderlichen Apparaten und Lehrmitteln der Realschule kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage zu.

Die Anträge Albrecht und Genossen und Trimborn gehen an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Die Resolution Hize wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung des Staats und zwar des Spezialausschusses des Reichsamts des Innern.

(Schluß 4½ Uhr.)

Ausland.

England und Transvaal. Während Lord Kitchener es vorzieht, den sonst so beliebten Telegraphen fast ganz ruhen zu lassen und die Buren fürsfahren, die Kunst ihrer Lage nach besten Kräften auszunützen, verschlechtert sich die Stimmung in London mehr und mehr. Man verliert den Glauben daran, daß der südafrikanische Krieg überhaupt noch einmal zum Ende gebracht werden wird, und damit schwindet die Lust an weiteren Aufwendungen für das südafrikanische Projekt. Die gewaltigen Verluste, die das englische Heer in Südafrika erlitten hat, und die Strapazen, denen die Truppen dort ausnahmslos unterworfen werden, haben eine formliche Scheu gegen den Burenkrieg hervorgerufen und es macht ungeheure Schwierigkeiten, Freiwillige für den Krieg heranzutrommeln. Hätte nicht England seine Kolonien, die ihm noch immer Kanonenfutter für den südafrikanischen Krieg bieten, es wäre jetzt that'stlich genötigt, die Trümmer seiner Armee zurückzurufen und Transvaal Transvaal sein zu lassen.

Lord Roberts soll, wie in englischen Hofkreisen erzählt wird, der Königin gegenüber eine sehr pessimistische Meinung über den Transvaalkrieg zum Ausdruck gebracht haben. Der Lord gestand, daß England nur dann Aussicht auf Erfolg habe, wenn es eine Armee von 300 000 Mann daue in Südafrika belassen könne. Die Ablehnung aller Ehrenbezeugungen seitens des Lord Roberts läßt, wie man in einschlägigen Londoner Kreisen glaubt, darauf schließen, daß England in absehbarer Zeit eine direkte oder indirekte Friedensvermittlung mit dem Präsidenten Krüger anbahnen werde. — Präsident Krüger ist von seiner Influenza vollkommen wieder hergestellt und bezüglich seiner Sache voll freudiger Zuversicht.

China. Graf Waldersee hat, wie jetzt erst bekannt wird, bereits am 11. November ein Rundschreiben an die internationalen Truppenkontingente in Peking gerichtet, in dem er den

verschiedenen Kontingenzen seinen Dank für die Bravour ausspricht, mit der sie die Provinz Tschili von Boxern und streitfertigen chinesischen Truppen gefärbt hätten. Allerdings sei nicht immer und überall mit der wünschenswerthen Übereinstimmung gehandelt worden, so sei namentlich von einzelnen Kontingenzen ein einseitiges Protektorat über Städte und Ortschaften beansprucht und durch Hissen ihrer Nationalflagge kenntlich gemacht worden. Auch ist es vorgekommen, daß die Flagge einer Nation durch die Truppen anderer Nationen nicht geachtet worden ist. Ein derartiges Verhalten muß aber die Chinesen in der Meinung verstärken, daß die Mächte unter einander uneinig seien. Der Oberbefehlshaber ertheilt demzufolge eine Reihe von Anweisungen, welche die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge verhindern sollen. Ob diese Anweisungen den vollen Erfolg gehabt haben, möchten wir beinahe zweifeln; anderfalls hätten sich die Chinesen wohl kaum nach Einleitung der Friedensverhandlungen noch unterfangen, in der Provinz Tschili selbst Feindseligkeiten gegen die Verbündeten zu begehen. Man ersicht aber aus dem Erlass des Grafen Waldersee, wie unrecht die handeln, welche dem Generalfeldmarschall einen Vorwurf daraus machen, daß er sich bei der Fortsetzung seiner Aufgabe, in Tschili die Ordnung wiederherzustellen, vornehmlich der deutschen Truppen bedient. Viele Rüche verbergen nach dem Sprichwort den Brei, und das trifft in gewisser Beziehung auch für verschiedene Truppenkontingente zu.

New York, 16. Januar. Eine hier eingetroffene Depesche aus Peking vom 15. Januar meldet: Prinz Tsching begab sich gestern in Begleitung des Oberenuchen nach der "verbotenen Stadt" und drückte den Dokumenten, die morgen den Gesandten überreicht werden, das kaiserliche Siegel auf.

Petersburg, 16. Januar. Aus Odessa ging der Dampfer "Saratow" mit 1450 Recruten zur Ergänzung der Truppen des Kwantungsbietes und des Amur-Militärbezirks nach Port Arthur ab. — Der Maler Weretschagin begab sich nach China, um Schlachtenbilder des chinesisch-europäischen Krieges zu malen.

Bulgarien. In Bulgarien ist eine Ministerkrise ausgebrochen, weil der Minister des Innern die Wahl von Mitgliedern der Stambulopartei als Abgeordnete durchzubringen wollte.

Vatikan. Rom, 16. Januar. Ein heute hier verbreitetes Gerücht, der Papst sei erkrankt, ist unbegründet; der Papst empfing heute mehrere Schüler katholischer Lehranstalten.

Aus der Provinz.

* Brandenburg, 16. Januar. [Stadtverordnetenversammlung.] Der Ausbau der Weichselstädtebahn zur Vollbahn ist jetzt ja beschlossen worden, aber sie soll auch ferner nur eingleisig betrieben werden. Geschieht dieses, so ist damit nur ein halbes Werk geschafft, denn bei dem großen und immer mehr wachsenden Verkehr ist der zweigleisige Betrieb durchaus notwendig. Bei der Staatsberatung im Abgeordnetenhaus wird demnächst über die Angelegenheit beschlossen werden; Herr Belgard beantragte deshalb, die Versammlung ersucht den Magistrat, mit dem Landtagsabgeordneten Reg.-Rath Conrad in Verbindung zu treten und ihn zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Bahn zweigleisig ausgebaut wird; ferner die Magistrate der an der Weichselstädtebahn gelegenen Städte zu veranlassen, in gleichem Sinne bei ihren Abgeordneten vorstellig zu werden, und die Handelskammer Graudenz zu ersuchen, einen gleichen Antrag zu stellen. Würden 6 oder 7 Abgeordnete im Abgeordnetenhaus für die Sache eintreten und nachweisen, daß ein zweigleisiger Betrieb auf der Weichselstädtebahn notwendig sei, so würde das mehr Eindruck machen, als die Einreichung einer Petition. Die Versammlung nahm einstimmig den Antrag Belgard an. Dem hiesigen Lehrer verein beantragte der Magistrat ein Zimmer der Realschule zur Veranstaltung von Fortbildungskursen nebst Beleuchtung und den erforderlichen Apparaten und Lehrmitteln der Realschule kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage zu.

* Rosenberg, 16. Januar. Die leidige Fenklappe hat wieder ein Opfer gefordert. Vor einigen Tagen wurde die aus 4 Personen bestehende Familie Soot durch Kohlendunst betäubt in der Wohnung gefunden. Während sich die anderen Mitglieder der Familie erholt, ist die 60jährige Frau Soot infolge der eingetauchten Gase gestorben.

* Elbing, 16. Januar. Das Schurzgericht verurteilte heute den Polizeihermann Sommer aus Marienburg wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 1½ Jahr Gefängnis, die Strafkammer den Bureauvorsteher Lenzky aus Elbing wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung und Betruges zu 1½ Jahr Gefängnis.

* Danzig, 16. Januar. Die Friedrich Wilhelm Schützenbrüderschaft begeht in diesem Sommer ihr 50jähriges Jubiläum. Sämtliche Gilde des Provinzial-Schützenbundes werden zu der Feier eingeladen werden. — Die hiesige Holzexportfirma Edmund Niemann befindet sich seit einiger Zeit in Zahlungsschwierigkeiten. Die dabei Interessirten haben nun den Beschluss gefasst, die Liquidation einzutreten zu lassen.

* Konitz, 16. Januar. Der erste Staatsanwalt Schweiger, welcher sich zur Wahrnehmung eines Termins in Kamin befand, ist auf die Nachricht von dem Funde des Neuer-

zieschers schleunigst zurückgekehrt, um die Ermittlungen selbst in die Hand zu nehmen. Der Berliner Criminalcommission v. Kracht weist außerhalb von Konitz, um Nachforschungen in Betreff verdächtiger Personen anzustellen. Seit den letzten Funden werden zweifellos neue Fährten verfolgt. Von Kracht hatte bisher im Berliner Polizeipräsidium in der Kriminalabteilung B die Verfolgung von Hochstaplern und Schwindlern als Sonderdienst inne und ist s. Bt. durch die in Brasilien erfolgte Festnahme des Doppelmörders Gönczi bekannt geworden. — In der ersten diesjährigen Stadtverordneten-Versammlung führte der auf der Tagesordnung stehende Bau eines Hallen-Schwimmbades zu eingehenden Grörtern. Die Finanzkommission hält, da die vier vorhandenen Einrichtungen nicht einmal dem natürlichen Reinigungsbedürfnis entsprechen, die Errichtung eines öffentlichen Bades für dringend nothwendig und empfiehlt dem Magistrat wegen weiterer Ausarbeitung des Projekts mit der Gesellschaft "Helios" in Verbindung zu treten. Dieser Antrag fand allseitige Zustimmung.

* Marienwerder, 16. Januar. Aus Berlin wird berichtet: Der 70jährige Kaufmann Lazarus Mendelsohn kam aus Marienwerder Anfang November nach Berlin und mietete einen Geschäftsräum zum Vertriebe von weiblichen Handarbeiten mit künstlerischer Ausstattung. Auch seine Frau war in diesem Geschäft thätig. Als vorgestern Morgen sein Geschäftsdienner in den Laden kam, fand er M. tot auf. Er war Nacht im Geschäftsräum geblieben, hatte den Gasrahmen geöffnet und sich durch Erstickung getötet.

* Schloßau, 15. Januar. Tödtlich verunglückt ist gestern der Besitzer Musolf aus Christfelde hiesigen Kreises. Als er im lebhaftesten Tempo mit seinem mit Holz beladenen Wagen einen Berg hinabfuhr und sich dabei die Wagenthengel abhakten, neigte er sich hinab, um den Schaden wieder in Ordnung zu bringen. Dabei stürzte er vom Wagen und wurde so unglücklich überschlagen, daß er auf der Stelle starb.

* Nowrażlaw, 16. Januar. Der Bezirksschulrat hat die städtischen Anleihen von 15 500 Mk. zur Errichtung einer provisorischen Beleuchtung und 750 000 Mk. für andere Zwecke genehmigt. An Stelle des wegen Alters ausgeschiedenen Stadtbaumeisters Höntiger wurde von der Stadtverordnetenversammlung Bankier Solomonsohn gewählt. Mitgetheilt wurde, daß zu baulichen Zwecken für das Kurhaus noch 40 000 Mk. erforderlich sind. An Kreisbaubeiträgen wurden 10 034 Mk. nachgewilligt. Die gesamten Kreisbeiträge der Stadt betragen 92 000 Mk., das sind 40 Prozent der gesamten Kreisabgaben. Die Stadt ist aber im Kreistage nur durch drei Mitglieder vertreten. — Unter den Opfern, welche die Explosion eines Geschosses beim Salutschießen am 1. Januar in Tientsin verursacht hat, befindet sich auch ein Nowrażlawer, der Kontermeister Nowack, der früher im Schleswig-Holsteinischen Fußartillerie-Regiment in Ehrenbreitstein stand. Dem schwer betroffenen Vater, Gastwirth Alexander Nowack, ist deshalb vom Kommando jenes Truppenheils ein herzliches Beileidschreiben zugegangen.

Thorner Nachrichten.

Thorner, den 17. Januar.

[Stadtverordneten-Sitzung] am Mittwoch, den 16. Januar 1901, Nachmittags 3 Uhr. Anwesend sind 32 Stadtverordnete und am Tische des Magistrats Erster Bürgermeister Dr. Kersten, Bürgermeister Stachowitz, Syndikus Kelch, Stadtbaumeister Collen, die Stadträthe Bortowksi, Dietrich, Kriewes, Löschmann, Matthes und Schwarzkopf, sowie während der ersten Hälfte der Sitzung Regierungsschaff. Dr. Hirschfig aus Marienwerder. Den Vorsitz führt der Stadtverordneten-Vorsteher Professor Boethke, während Stadtverordnete Heinecke die Versammlung im neuen Jahr und damit zugleich im neuen Jahrhundert herzlich willkommen und wünscht, daß damit auch wieder eine Zeit neuer Blüthe für unsere Stadt anbrechen möge — wenn auch nicht gleich an hoher Einwohnerzahl, so doch an kräftigem Gedanken und frischer Entwicklung sowie an Eintracht, Bürgerstimm und Vaterlandsliebe. — Alsdann nimmt Erster Bürgermeister Dr. Kersten das Wort zur Einführung und Verpflichtung der wieder- bzw. neu gewählten Stadtverordneten Plehwe, Sieg, Henzel, Kordes, Hartmann, Amonsohn, Dr. Lindau, Glückmann und Cohn (sämtlich wiedergewählt); Stadtverordnete Kitterl, der auch noch von Neuem einzuführen ist, war durch die Teilnahme an den Sitzungen des Abgeordnetenhauses in Berlin verhindert, in dieser Stadtverordneten-Sitzung dagegen zu sein. Dr. Kersten hebt hervor, daß die meisten der genannten Herren bis her schon eine mehr oder minder lange Zeit mit Fleiß als Stadtverordnete im Dienste der Stadt gearbeitet haben, und die neu hinzugekommenen Herren hätten auf anderen gemeinnützigen Gedanken schon eine erprobte Thätigkeit entfaltet. Nedner sei überzeugt, daß die Herren ihre schönen Kräfte mit Lust und Liebe zum Segen und Gedeihen unserer lieben Heimatstadt einzufügen würden; er verpflichtet sie durch Handschlag an Eidesstatt. — Sodann heißt auch der Vorsteher die wieder- bzw. neu gewählten Stadtverordneten und giebt auch seiner Neuberzeugung dahin Ausdruck, daß sie ihre Erfahrungen und ihre Arbeitskraft sicher mit Nutzen zum

Besten unserer Stadt gebrauchen würden. — Nachdem Erster Bürgermeister Dr. Kersten dann der Versammlung den Regierungsassessor Dr. Döschensig aus Marienwerder vorgestellt hat, der als Vertreter des Regierungspräsidenten in der Angelegenheit der Errichtung eines eigenen Fortbildungsschulgebäudes in Thorn zu der Sitzung erschien ist, erstattet der Vorsitzende Prof. Boethke den üblichen Bericht über den Personalbestand und die Geschäfte der Stadtverordneten-Versammlung im abgelaufenen Jahre 1900. Es haben danach 23 Sitzungen stattgefunden, von denen vier außerordentliche waren. Den stärksten Besuch wies die Sitzung am 11. Januar 1900 auf, in der von damals 35 Stadtverordneten 34 anwesend waren. In der am schwächsten besuchten Versammlung waren 23 Stadtverordnete zugegen. Beschlußfähig war keine einzige Sitzung. Drei Mitglieder der Versammlung sind in allen 23 Sitzungen anwesend gewesen. Im abgelaufenen Jahre kamen insgesamt 289 Sachen zur Erledigung.

Es wird nunmehr zur Konstituierung der Versammlung, d. h. zur Wahl des neuen Vorstandes, der Ausschüsse etc. geschritten. Während der Wahl des ersten Vorsitzenden tritt Professor Boethke, wie üblich, den Vorsitz an den Alterspräsidenten Stadt. Preuß ab. Herr Preuß, der im Frühjahr 85 Jahre alt wird,theilt mit, daß er, wie er aus der Bürgerliste ersehen habe, zur Zeit der älteste Sohn der Stadt Thorn sei, der in Thorn lebt; er sei jetzt 45 Jahre Stadtverordneter, 28 Jahre habe er im Armendirektorium mitgewirkt, eine große Reihe von Jahren auch in verschiedenen anderen Ehrenämtern, und seit 30 Jahren bereits sei er Alterspräsident der Stadtverordneten-Versammlung. Es dränge ihn bei dieser Gelegenheit, dem Magistrat, der Stadtverordneten-Versammlung und der Bürgerschaft für das ihm so vielfach bewiesene Wohlwollen seinen verbindlichsten Dank zu sagen und damit zugleich die besten Wünsche für das neue Jahr und neue Jahrhundert zu verbünden. — Zu Stimmzählern für die verschiedenen Wahlen ernannt der Alterspräsident sodann die Stadt. Nogack und Romanen zum Stimmzähler Stadt. Sieg.

Zum ersten Vorsitzenden wird hierauf mit 29 von 32 abgegebenen Stimmen Professor Boethke, zum stellvertretenden Vorsitzenden mit 26 Stimmen Stadt. Henzel wieder gewählt. Beide Herren nehmen die Wahl an und Professor Boethke übernimmt sogleich wieder den Vorsitz, den er dann aber für die Dauer der Verhandlungen über den nächsten Gegenstand „Bau eines Fortbildungsschulgebäudes“, an den ersten Bürgermeister Dr. Kersten abgibt. Letzterer berichtet ausführlich über den derzeitigen Stand der Angelegenheit. Bekanntlich schweben schon seit längerer Zeit Verhandlungen über die Errbauung eines eigenen Fortbildungsschulgebäudes auch in Thorn. Vor einiger Zeit hat hier eine Sitzung stattgefunden, an der zwei Ministerialkommissare, zwei Vertreter des Regierungspräsidenten in Marienwerder, die Mitglieder des Magistrats sowie eine Anzahl Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung teilnahmen. Man kam dabei zu gewissen grundlegenden Prinzipien, welche den anwesenden Ministerial-Kommissaren im Großen und Ganzen als acceptabel erschienen, während leichtere die Hoffnung zu erkennen gaben, daß diese Prinzipien auch von der Stadt würden angenommen werden. Der Minister ließ durch seine Kommissare zunächst folgendes Anerbieten machen: Die Stadt soll das Fortbildungsschulgebäude auf eigene Kosten bauen, dagegen sei der Staat bereit, das Baukapital auf die Dauer von 20 bis 30 Jahren mit 3 Prozent zu verzinsen. Außerdem wolle der Staat auch die bisherigen Zuschüsse an die Stadt weiterzählen, dieselben unter Umständen auch noch etwas erhöhen. Von den über ein gewisses Maß hinausgehenden Unterhaltungskosten aber müsse die Stadt $\frac{1}{10}$ tragen, während sie zu $\frac{1}{10}$ vom Staat übernommen werden sollten. Die Kosten für Heizung, Beleuchtung und Reinigung des Gebäudes müsse die Stadt jedoch von vornherein ganz übernehmen. — Diese Bedingungen erklärte die Stadt aber für einfach unannehmbar; das Baukapital müste mit mindestens 4 Proz. vom Staat verzinst werden, ebenso sei die Maximalgrenze der Unterhaltungskosten, die jetzt schon 14 bis 15000 Mk. jährlich beträgt, auf wenigstens 18000 Mk. zu erhöhen; ferner müsse der Staat auch die Heizungs- und Beleuchtungskosten übernehmen. — Das Letztere glaubten die Ministerialkommissare in dem oben erwähnten Termin nicht versprechen zu können, dagegen glaubten sie wohl, daß der Minister in die Schöpfung der Verzinsung mit 4 Proz. und die der Unterhaltungskosten-Maximalsumme von 14 auf etwa das Ergebnis einwilligen werde. — Dieses sei wesen. — Nunmehr ist als Vertreter des Regierungspräsidenten in Marienwerder der Regierungsassessor Dr. Döschensig erschienen, um Versammlung die neuen Vorschläge des Ministers mitzutragen. Danach soll die Stadt, wie schon gesagt, das Gebäude auf eigene Kosten errichten, während der Staat das aufzuhwendende Baukapital auf 30 Jahre mit höchstens 4 Prozent verzinst. In das Gebäude soll auch die kaufmännische Fortbildungsschule verlegt werden. Die Stadt habe die Kosten der Unterhaltung, Heizung und Beleuchtung des Gebäudes zu tragen, desgleichen $\frac{1}{10}$ von den über 17000 Mark betragenden Schulunterhaltungskosten, habe die übrigen $\frac{1}{10}$ der Staat tragen. Ferner

eigekte Rektoren und Lehrer angestellt werden sollen, $\frac{1}{2}$ des Gehaltes und der Rektorenversorgung derselben zu übernehmen. — Erster Bürgermeister Dr. Kersten: Diese neuen Vorschläge bringen uns mehreres ganz Neue, von dem bisher noch garnicht die Rede war, so die Inansichtnahme besonderer Lehrkräfte und die Verbindung der kaufmännischen mit der gewerblichen Fortbildungsschule. Falls die kaufmännische Schule hinzukommt, würde die Maximalsumme bei Weitem nicht reichen; wir würden dann also den Stadtsäckel von vornherein zu sehr belasten müssen. Wenn die Baukosten 180000 Mark betragen — und damit müssen wir sicher rechnen —, so hätten wir von Anfang an eine jährliche Belastung des Stadtsäckels mit mindestens 5—6000 Mark, und das sind Summen, die wir unter den heutigen schweren Verhältnissen keinesfalls überhaben. Gerade hier bei uns im Osten sollte die Staatsregierung nicht so sehr darauf dringen, so viel wie möglich aus uns heraus zu ziehen, sondern sie sollte im Gegenteil mit allen Kräften bemüht sein, uns in dem schweren Kampfe, den wir hier in gewerblicher und nationaler Beziehung kämpfen, möglichst zu stärken. (Lebhafte Bravo.) Diese neuen Vorschläge, die der Herr Minister uns heute übermittelt, sind — das kann nicht verschwiegen werden — für uns noch viel härter als die früher gemachten. Ich gebe mich aber trotzdem der Hoffnung hin, daß wir noch zu beide Theile befriedigende Beschlüsse kommen werden. — Stadtrath Kriewitz tritt dafür ein, die Sache zu vertagen; es handle sich um eine so weittragende Angelegenheit, daß sie nicht übers Knie gebrochen werden darf; auch sei sie zur Berathung in einem so großen Kreise ohne Weiteres nicht geeignet, müsse vielmehr erst von dem Magistrat, der Schuldeputation und den Ausschüssen der Stadtverordneten-Versammlung vorberathen werden.

In gleichem Sinne spricht sich Stadt. Schlee aus; wir müssen dem Herrn Minister doch bis ins Kleinsten hinein ausgeführte Gegenvorschläge unterbreiten, die sich hier garnicht gleich festlegen lassen. Der Herr Erste Bürgermeister hat mir so recht aus dem Herzen gesprochen. Wir haben hier sicherlich ebenso schwer zu kämpfen, wie etwa Polen; wir werden durch den engen Festungsgürtel erstickt, haben kein Hinterland und können infolge dessen nicht recht zur Entwicklung kommen. Wenn man Polen jetzt mit vollen Händen zuwendung macht, dann ist es nur recht und billig, wenn die Staatsregierung auch uns hier etwas mehr entgegenkommt. — Für Vertagung tritt auch Stadt. Wolff ein, desgleichen Stadt. Nawicki, der auch betont, daß die jetzigen Vorschläge, im Vergleich zu den früheren, ganz wesentlich zu Ungunsten der Stadt ausgefallen seien. — Erster Bürgermeister Dr. Kersten: Das wir hier heute bindende Beschlüsse fassen, ist selbstverständlich ausgeschlossen, denn wir sind gezwungen, die Sache nach den Vorschriften der Städteordnung zu behandeln. Wir hätten vorher genügend informiert werden müssen.

Regierungs-Assessor Dr. Döschensig bittet doch bestimmte Beschlüsse zu fassen, damit die Sache nicht möglicher Weise ad calendas graecas verschoben werde. Die Kosten für die kaufmännische Schule könne man ja zu der vorgeschlagenen Maximalsumme hinzuschlagen. Von seiner Forderung hinsichtlich der Kosten für Heizung, Beleuchtung und Reinigung aber werde der Minister wohl schwerlich abgehen. — Erster Bürgermeister Dr. Kersten: Die Absicht, die Sache zu verschleppen oder ad calendas graecas zu vertagen liegt uns selbstverständlich fern. Aber wir müssen doch unseren Standpunkt wahren und unsere Interesse vertheidigen. Außer dem Hinzukommen der kaufmännischen Schule ist ein sehr wesentlicher Faktor noch die Inansichtnahme besonderer Rektoren und Lehrer. Das ist doch sehr einschneidend. Etwas Bindendes können wir dem Herrn Regierungsvertreter also hute auf keinen Fall mit auf den Weg geben. Wir werden aber mit aller Schnelligkeit und Gründlichkeit an die Sache herangehen und der Regierung in kürzester Zeit unsere Vorschläge machen. — Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Professor Boethke, der hierauf wieder den Vorsitz übernimmt, bringt zunächst die Antworten der Altherkömmlichen Herrschaften auf die Neujahrsgrüße der Stadt Thorn und die üblichen HonigkuchenSendungen zu Weihnachten zur Verlesung. Die Schreiben der Kaiserin Friedrich und des Kronprinzen Wilhelm tragen eigenhändige Unterschrift und werden deshalb in der üblichen Weise stehend von der Versammlung angehört. Der Vorsitzende schließt an die Verlesung der Schreiben den Ausdruck der wärmsten Wünsche für unter Königshaus.

Als dann werden die Ausschüsse etc. in ihrer bisherigen Zusammensetzung wieder gezeigt, und zwar bestehen: der Verwaltungsausschuss aus den Stadtov. Henzel, Kordes, Dorau, Uebritz, Goewe und Wolff; der Finanzausschuss aus den Stadtov. Kittler, Adolph, Cohn, Glückmann, Hellmoldt und Illgner; die Kommission für Verwaltungsausschäfungen aus den Stadtov. Preuß, Wegner und Koje.

Von den weiteren Verhandlungen bezw. Beschlüssen teilen wir für heute noch Folgendes mit: Die Feier des 18. Januar wird städtischerseits durch eine glänzende Illumination der städtischen Gebäude und gemeinsamen Kirchgang des Magistrats und der Stadtverordneten begangen werden; zu letzterem versammeln sich die Herren um $\frac{9}{4}$ Uhr früh im Rathaus. Das Rathaus wird an allen vier Fronten durch Gas illuminiert werden, ferner die größeren städtischen Schulen durch Kerzen. Die Bürgerschaft ist be-

kanntlich ersucht worden, auch ihrerseits die Privatgebäude möglichst festlich zu illuminten und mit Fahnen zu schmücken. Die Illumination beginnt um $5\frac{1}{2}$ Uhr. — Der hiesigen Elektricitätsgesellschaft wird zur Vergrößerung des Elektricitätswerkes ein Platz gegen 200 Mk. jährlich bis zum 3. 1944 pachtweise überlassen. Der Vertrag mit Gutsbesitzer Block-Schönwolde über die Straßenfehrtahabfuhr wird auf ein Jahr verlängert. Das neue Kreishaus erhält als Straßenbezeichnung „Am Kriegerdenkmal“ No. 1.

X [Personalien.] Der Regierungsrath v. Marcard zu Neuenhaus ist der Königlichen Regierung zu Bromberg zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Dem Regierungsassessor Dr. Kampf in Strasburg ist die Vertretung des Landrats, Geh. Regierungsraths Brütt in Rendsburg, Regierungsbezirk Schleswig, während der Landtagstagung übertragen worden.

Der Gefangenenaufseher Brechmer in Neustadt ist in gleicher Eigenschaft an das Gerichtsgefängnis in Thorn verlegt worden.

* [Der Radschafer-Verein „Vorwärts“] veranstaltete gestern in den Abendstunden auf dem Grüzmühlenteiche ein Eisfest bei elektrischer, ebenso farbiger Beleuchtung. Man sieht aus dem gestrigen Arrangement, daß der Verein nicht allein den Radsport, sondern auch jeden anderen gesunden Sport treibt und pflegt. Voraussichtlich findet ein zweites Eisfest noch vor dem chinesischen Neujahr dieses Vereins statt.

* [Hirsch-Dunker'scher Ortsverein] Eine Versammlung des Ortsvereins der Schneider findet Montag, den 21. Januar, Abend 8 Uhr im „Museum“ statt.

* [Die Kunstaussstellung] in dem Wollenberg'schen Neubau in der Breitestraße wird schon morgen (Freitag) eröffnet, worauf wir unsere Kunstreunde hiermit besonders aufmerksam machen.

+ [Der Hauss- und Grundbesitzerverein] wird am nächsten Donnerstag, den 24. d. Mts., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr eine Generalversammlung im kleinen Saale des Schützenhauses abhalten, zu der die zahlreiche Beihilfung der Mitglieder erforderlich ist, da über einen wichtigen Punkt der Tagesordnung, die Abänderung der Satzungen zwecks Eintragung des Vereins in das Vereinsregister des königl. Amtsgerichts Beschluß gefaßt werden soll. Auch wird der Vorsitzende Bericht über die bisherige Thätigkeit des Vereins im laufenden Vereinsjahre erstatten, und im Anschluß daran ist den Mitgliedern Gelegenheit gegeben, mit im Vereinsinteresse liegenden Wünschen und Anregungen hervorzutreten.

* [Post- und Fernsprechverkehr.] Am 18. Januar, dem Gedenktag des zweihundertjährigen Bestehens des Königreichs Preußen, wird der Postschalterdienst, sowie der Orts- und Landpostdienst wie an Sonntagen eingeschränkt. Ebenso wird morgen bei der hiesigen Fernsprech-Vermittelungsanstalt nur Dienst wie an Sonntagen, also von 8 Uhr Vorm. — 1 Uhr Nachm. und von 5—7 Uhr Nachm. abgehalten werden. Während der übrigen Zeit kostet jedes Gespräch 20 Pf.

** [Krönungsgeld.] Wie wir schon mittheilten, wird zur Erinnerung an die Krönung des ersten preußischen Königs Krönungsgeld geprägt werden, und zwar sollen dies silberne Zweid- und Fünfmarkstücke sein, die zum Gedenktag geprägt und den Regierungs-Hauptklassen zugesandt werden. Letztere haben einen Theil der neu geprägten Münzen an die Spezialklassen, Kreis- und Forstklassen abzuführen. Damit aber mit den neuen Münzen kein Handel getrieben werde, haben die Kosten Anweisung erhalten, bei Auszahlungen an Geldsträflinge nur je eins der neu geprägten Geldstücke der Zahlungsleistung beizufügen.

S [Polizeibericht.] Zugelassen: Ein weißer Foxterrier mit gelben Ohren bei Friedrich Dolan, Hauptbahnhof, Familienhaus Nr. 3. — Gefunden: Zwei kleine Schlüssel im Polizeibüro.

Vermischtes.

Das Torpedoboot „V 1“, das bei Kiel aufgelaufen war, ist wieder abgebracht worden. Es hat nur unbedeutende Beschädigungen erlitten.

Unser Schulschiff „Stein“ hat am Dienstag in Kiel mit Flaggenparade seinen Dienst begonnen. An Bord wurde die gerettete Besatzung der untergegangenen „Gneisenau“ eingeschifft. — In Malaga ist jetzt auch die Leiche des Ingenieurs der „Gneisenau“ an Land gespült worden.

Bon der Rücksicht der deutschen Schiffahrtsgesellschaften zeugt wieder der Beschluß der Hamburg-Amerika-Linie, einen direkten Verkehr zwischen Hamburg und Mexiko einzurichten. Bisher werden die mexikanischen Häfen von den Dampfern der westindischen Linien mitbetrieben.

Auf die Personenpost Sonderburg-Glensburg in Schleswig wurde Mittwoch Nacht ein Raubüberfall verübt. Der Thäter griff den Postillon an, feuerte auf den Postbegleiter, ohne ihn jedoch zu treffen, und flüchtete alsdann. Die Post führte bedeutende Baarmittel mit.

Eine Gabe um das Gemeindewahlrecht für Frauen hat der Verein „Frauenwohl“ an das preußische Abgeordnetenhaus gerichtet.

Verbot des Schächtns. Das Oberverwaltungsgericht in Berlin hat eine Entscheidung dahin getroffen, daß es den Gemeinden in Preußen freisteht, das Schächten von Vieh in ihren Schlachthäusern zu verbieten.

* [Be einer Explosion in einer Bonner Hutfabrik wurden zehn Personen getötet und mehrere verwundet.

London, 15. Januar. Der Dampfer „Highland Prince“ ist von La Plata kommend im Hafen von Shields angelommen. Während der Fahrt sind 4 Personen, darunter der Kapitän und ein Matrose an der Peß gestorben, andere von der Besatzung wurden gleichfalls von der Krankheit ergreift, sind aber wiederhergestellt. Die Berliner Feuerwehr vollendete das 50. Jahr ihres Bestehens. Als Stiftungstag ist der 16. Januar 1851 anzusehen.

Kleine Chronik. In verschiedenen oberitalienischen Städten starben im Ganzen sechs Personen nach Impfung mit Diphterientheilserum, aus dem Laboratorium des Prof. Tizzoni. Die Aufregung im Publikum ist groß, da das Tizzoni'sche das einzige für die Herstellung von Serum berechtigte Institut Italiens ist. — Bei Militsch in Schlesien wurden durch Kohlengas der Bauerngutsbesitzer Beigert, seine Frau und zwei Kinder getötet. — Im Kohlenbergwerk bei Lourches in Frankreich wurden in Folge Umklippens des Förderkorbes 5 Personen getötet und 10 verletzt. — Ein kunstvoll ausgeführtes Album für Kaiser Wilhelm sendet der deutsch-amerikanische Nordostliche Sängerbund nach Berlin. Das Album wiegt ungefähr 11 Kg. Die Blätter bestehen aus Silberplatten.

Neueste Nachrichten.

Mainz, 16. Januar. Im Centralhotel erhängte sich heute der wegen Fälschung flüchtige Direktor Georg Schneider vom Landwirtschaftlichen Creditverein in Ansbach.

Paris, 16. Januar. Der Forschungsreisende Gentil ist am 14. Januar wohlbehalten in Brazzaville (am Congo) eingetroffen.

Florenz, 16. Januar. Arnold Böcklin ist heute früh in Fiesole gestorben. — Böcklin war seit 14 Tagen infolge einer akuten Herzkrankung leidend; sein Tod erfolgte in Anwesenheit seiner nächsten Verwandten. Die Beerdigung soll am Freitag Mittag stattfinden.

Mit Böcklin ist einer der berühmtesten, eigenartigsten und erfolgreichsten Maler der Neuzeit aus dem Leben geschieden. Geboren am 16. Oktober 1827 zu Basel, genoss er seine Ausbildung in Düsseldorf, Brüssel und Paris, dann war er in München, Weimar, Rom, Zürich und in seiner Vaterstadt Basel thätig, bis er 1892 ganz nach Fialen überfielte, wo er seitdem in dem herrlichen Fiesole bei Florenz eine eigene Besitzung besaß. Zahlreiche Bilder von originaler Erfindung, phantastischem Inhalt und glänzendem Colorit, aber oft mangelhaft in Zeichnung der Figuren, gingen aus seinem Atelier hervor. Am bekanntesten sind: Schloß am Meer, Jagd der Diana, Villa am Meer, Centaurenkampf, Selbstbildnis mit dem geigenden Tod, Meeresidyll, Kreuzabnahme, Pietà, Todtenten, Prometheus, der Krieg u. a. Seine besondere Bedeutung liegt in stimmungsvoller Landschaft und der eigenartigen Personifikation der Natur und ihres Lebens. In Böcklin verliert die Kunst ein Gestaltungsgenie allerersten Ranges, von einer Urwüchsigkeit und Kraft, wie sie bisher nur selten in der Kunstsprache zur Offenbarung gelangt sind. Sein Name wird für immer in höchsten Ehren gehalten werden.)

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Frank in Thorn

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn.

Wasserstand am 17. Januar um 7 Uhr Morgens + 1,42 Meter. Lufttemperatur: — 12 Grad Celsius. Wetter: heiter. Wind: W. — Gisverhältnisse unverändert.

Wetterausichten für das nördliche Deutschland.

Freitag, den 18. Januar: Wenig verändert. Bischof: heiter.

Sonntag: Aufgang 8 Uhr 4 Minuten. Untergang 4 Uhr 18 Minuten.

Mond: Aufgang 6 Uhr 6 Minuten Nachgang.

Sonabend, den 19. Januar: Meist heiter bei Wolkenzug, fällt, zum Theil nebel, strömweise Niederschläge. Später wärmer. Wölfslieg bevorstehend.

Berliner telegraphische Tagesblätter.

	17. 1.	16. 1.
Tendenz der Fondsbörse	fest	fest
Russische Banknoten	216,40	216,25
Wachsau 8 Tage	—	216,10
Österreichische Banknoten	84,95	84,95
Preußische Konsols 3 $\frac{1}{2}\%$	86,70	86,70
Preußische Konsols 3 $\frac{1}{2}\%$	97,10	97,10
Preußische Konsols 3 $\frac{1}{2}\%$ abg.	97,0	97,0
Deutsche Reichsanleihe 3 $\frac{1}{2}\%$	87,10	87,13
Deutsche Reichsanleihe 3 $\frac{1}{2}\%$	97,5	97,40
Westpr. Blandbriefe 3 $\frac{1}{2}\%$ neu. II.	83,80</	

Den 18. Januar

dem Tage des

Krönungs-Jubiläums

schließen die Unterzeichneten das Geschäft

2 Uhr Nachmittags.

Thorn, den 16. Januar 1901.

C. B. Dietrich & Sohn. L. Dammann & Kordes. Carl Matthes. Kuntze & Kittler. J. G. Adolph. Gustav Weese. Carl Mallon. L. Puttkammer. A. Glückmann Kaliski. W. Sultan. Hermann Fränkel. Emil Hell. A. Mazurkiewicz. Carl Sakris. C. A. Gucksch. Gustav Heyer. E. Szyminski. L. Stein. J. Murzynski. S. Simon. Heinrich Netz. Hedwig Strellnauer. Johannes Begdon. Hermann Dann. Adolf Granowski. Hermann Friedländer. J. Klar. Gustav Grundmann. S. Schendel. Th. Ruckardt. F. Menzel. M. Chlebowksi. Phil. Elkan Nachf. Hermann Seelig.

Bekanntmachung.

Am Tage der 200jährigen Jubiläumsfeier Preußens als Königreich, Freitag, den 18. d. Ms. werden die öffentlichen Gebäude mit einander Dunkelheit festlich erleuchtet werden.

An die Bewohner der Stadt richten wir die ergebenste Bitte, diese Illumination auch auf die Privathäuser gefälligst ausdehnen und damit dem hochbedeutsamen vaterländischen Gedächtnis auch äußerlich ein freudiges und würdiges Gepräge geben zu wollen.

Thorn, den 12. Januar 1901.

Der Magistrat.
Dr. Kersten.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Am Abend des 18. d. Ms. ist für die Bromberger Vorstadt im städtischen Polizeihause (früher Bäckermeister Scherz) in der Mellendorfstraße eine Feuerwache stationiert.

Thorn, den 16. Januar 1901.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die im Jahre 1881 geborenen im Regierungsbezirk Marienwerder gesetzlich bestätigten jungen Leute, welche die Versetzung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst zu erlangen beabsichtigen, haben sich bei Vermeidung des Berufes dieser Versetzung in Gemäßigkeit der Vorschriften unter § 89 der Deutschen Verordnung vom 22. November 1888 spätestens bis zum 1. Februar 1901 bei der Königlichen Prüfungskommission, für Einjährig Freiwillige in Marienwerder zu melden.

Neben die Art und Fassung der dieser Meldepflicht beizufügenden Urkunden wird im diesseitigen Militärbüro, Rathaus 1 Et. während der Dienststunden jeder Zeit Auskunft ertheilt.

Thorn, den 14. Januar 1901.

Der Civilvorsitzende
der Erzäh-Commission des Stadtkreises
Thorn.
Kersten,
Erster Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Zur Deckung des Bedarfs in den hiesigen städtischen Schulen wird die Lieferung folgender Gegenstände im ungeschnittenen, jährlichen Quantum ausgeschrieben und zwar:

Taschenschwämme, Stiel	120
Kreide, Schachteln, Dutzend	30
dto. Stangen, Pack	25
Linte, schwarze, ltr.	400
Lichte, Pack	10
Soda, Kg.	15
Seife, grüne Kg.	15
Brennöl, Kg.	5
Schenerzeug., Mr.	128
dto. Stück	35
dto. Säcke	25
Lederlappen, Stiel	10
Fensterwischlicher Stiel	10
Saubürstlicher Stiel	50
Handtücher, Stiel	18

Angebote sind postmässig verschlossen, mit entsprechender Aufschrift versehen
bis zum 21. d. Ms.

Mittags 12 Uhr
in unserem Bureau I abzugeben, wo auch die Lieferungsbedingungen zur Einsicht ausliegen.

Thorn, den 3. Januar 1901.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Bei der diesseitigen Verwaltung sind zwei Nachtwächterstellen möglichst bald und spätestens bis zum 1. April er zu besetzen.

Das jährliche pensionsfähige Einkommen jeder einzelnen Stelle beträgt 200 Mark nebst freier Wohnung.

Ferner bezieht jeder Stelleninhaber noch ein festes nicht pensionsfähiges Nebeneinkommen für die Reinigung der Straßen resp. Bedienung der Straßenscheinbeleuchtung je 200 Mark jährlich.

Probiedienstzeit 6 Monate; bei zufriedenstellenden Leistungen Erhöhung des Einkommens nicht ausgeschlossen.

Märkte und zuverlässige Bewerber wollen ihre Gesuche nebst Bezeugnissen und selbst geschriebenen Lebenslauf bis zum 15. Februar er. an uns einreichen.

Civilbedienstungsberechtigte Bewerber erhalten Vorzug.

Bodgorz, Begr., 12. Januar 1901.

Der Magistrat.

Eine Röhre b. hoh. Gehalt auf ein Rittergut od. ein Mädch. für Alles, sow. ein Stubenmädchen kann sich sofort melden. St. Lewandowski, Agent, Heiligegeiststr. 17.

2 Zimmer, Küche u. Zubehör zu vermieten. Heiligegeiststr. 19.

Druck und Verlag des Rathausdruckers Ernst Lambeck, Thorn.

Die hiesigen grauen Schwestern,

durch deren hingebende Liebeleistung zahlreiche Kranke aller Konfessionen Hilfe und Pflege finden, bedürfen dringend einer Beihilfe, um den Ansprüchen, welche in immer verstärkterem Maße an sie herantreten, gerecht werden zu können.

Zu diesem Zwecke wird

am 13. Februar d. Js.

in den Räumen des Artushofes ein

Bazar

veranstaltet.

Alle edlen Menschenfreunde werden ersucht, dieses Unternehmen gütig unterstützen zu wollen. Lebe, auch die kleinste Gabe am Geld, Verkaufsgegenständen oder Lebensmitteln wird mit größtem Dank entgegengenommen; vor dem 13. Februar in der Pfarrwohnung zu St. Johann, am Tage des Bazaars von 10 Uhr Vorm. ab im Saale des Artushofes.

Frau E. Asch. Frau v. Czarlinska. Frau Professor Friedberg. Frau Cecilia Henius.

Frau I. Houtermans. Frau M. v. Janowska. Frau M. Kawczynska.

Frau Stadtrath Kriwes. Frau v. Kobielska. Frau Henriette Löwenson.

Frau Generalin Rasmus. Frau Regina Rawitzka. Frau Rittler.

Fräulein v. Slaska. Frau Dr. Steinborn. Frau Dr. Szuman.

Frau Landgerichtsrath Strecke. Frau Margaretha Sultan. Frau Stadtrath Tilk.

Frau Sanitätsrat Winselmann.

Letztes

Künstler-Concert

der Saison

am 24. Januar, Artushof

Concert Nachèz.

Karten à 3, 2, 1 Mk. bei

E. F. Schwartz.

Zur Feier des 200jährigen

Bestehens des Königreich Preußen

findet

Freitag, den 18., 4 Uhr Nach-

in der Synagoge

Festgottesdienst

statt.

Thorn, den 18. Januar 1901.

Der Vorstand d. Synagogen-Gemeinde

Thorner

Haus- und Grundbesitzer-Verein.

Donnerstag, den 24. Januar er-

Abends 8½ Uhr,

im kleinen Saale des Schützenhauses

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.

2. Bericht der Rechnungsreviseure für

1899/00 und Entlastung des Kassen-

führers.

3. Wahl der Rechnungsreviseure für

1900/01.

4. Änderung der Statuten zwecks Ein-

tragung des Vereins in das gerichtl.

Vereinsregister.

Der Vorstand.

Ortsverband Thorn.

(Hirsch-Duncker.)

Sonntag, den 20. Januar er-

Nachmittags 5 Uhr,

im kleinen Saale des Victoria-Gartens

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches und Kassenbericht.

2. Erhöhung der Beiträge, Verbände-

Beerdigungskasse.

Der Vorstand.

Illuminations-Herzen,

in großer Auswahl

empfiehlt

J. M. Wendisch Nachf.

Seifenfabrik,

Altstädtischer Markt 33.

Illuminations-Lichter

à Pack 30, 35 und 50 Pfennig

offerirt

Carl Sakriss, Schnuhmacherstr.

Verloren!

von Zalzowko, Lissomizer

Chaussee bis zum Schlacht-

haus ist mir ein Schaf

abhanden gekommen.

Wiederbringer angemessene Belohnung.

A Borchardt, Fleischermeister.

Gefunden!

am 16. d. Ms. Abends

ein Bund Schlüssel

nebst zwei Taschen-

messern. Abzuholen bei

Joseph Krezkowski, Gastwirth,

Moder, Mauerstr. 16.

1 Parterre-Wohnung

mit Comptoir v. 1. April Seglerstr. 6

zu vermieten, daselbst eine Hofwoh-

nung für 280 Mf. Miet. i. R. staur.

Wohnung, exkl. Schnuhmacherstr. 22, II.

Kirchliche Nachrichten.

Gretia, den 18. Januar 1901.

Altstädt. evang. Kirche.

Festgottesdienst.

Born. 9½ Uhr: Herr Pfarrer Jacob.

Neustadt. evang. Kirche.

Born. 9½ Uhr: Zur 200jährigen Jubiläum-

feier des preußischen Königthums.

Herr Superintendent Waudle.

Evang. luth. Kirche.

Abends 8½ Uhr: Abendmunde.

Herr Hilfsprediger Rudolff.

Gräberschule Waudle.

Abends 7½ Uhr: Bibelstunde.

Herr Pfarrer Hener.

Baptisten-Kirche, Heppnerstr.

Abends 8 Uhr: Festgottesdienst u. Theeabend

zur 20-jährigen Sedenfeier Preußen.

Herr Prediger Burbulla.

Evang. Schule zu Regenitz.

Abends 8 Uhr: Bibl.-Stunde.